



Nie wieder Finanzkrise!

Die Finanzkrise hätte durch vernünftige Regulierung problemlos verhindert werden können, doch warnende Stimmen wurden von der Politik in den Wind geschlagen – zugunsten einer gewinnenden Minderheit. So bitter es ist: Die Rettung der angeschlagenen Banken durch die Allgemeinheit muss erfolgen, um einen Dominoeffekt und noch größeren Schaden abzuwenden. Allerdings darf diese Rettung nicht gratis und folgenlos bleiben. Die Verursacher der Krise müssen die Rettungskosten zurückzahlen und Folgekrisen müssen durch umfassende Regulierung verhindert werden.

Als erstes braucht es eine effektive globale und EU-Finanzmarktaufsicht: unfassbar, dass die Regierungen grenzenlose Finanzmärkte hergestellt und gleichzeitig auf jede Regulierung verzichtete haben (im Aberglauben, freie Finanzmärkte seien stabil, effizient und wohlstandsmehrend). Diese Aufsichtsorgane müssen „Finanzinnovationen“ vor der Marktzulassung genauso selbstverständlich prüfen, wie es heute bei Medikamenten der Fall ist. Banken müssen höhere Eigenkapitalvorschriften befolgen, Hausbaukredite dürfen nicht mit Luftschlössern besichert werden. Eine EU-Richtlinie sollte das Anlageverhalten von Finanzfonds regeln, ihre Kreditaufnahme begrenzen und ihre realisierten Kursgewinne gleich hoch besteuern wie Arbeitseinkommen. Fonds, die in Steueroasen sitzen (z. B. Jersey) oder die EU-Anforderungen nicht erfüllen, erhalten keinen Marktzutritt. Zusätzlich kann sich die EU mit Kapitalverkehrskontrollen vor der Ansteckung mit neuen Finanzkrisen schützen: Hätte die EU den faulen Hypothekenkrediten die Einreise verweigert, wären ihre Banken nicht angesteckt worden. Bei der Einreise von Menschen differenziert die EU ganz selbstverständlich und hält „unerwünschte“ Menschen mit Gewalt vor der Tür. Beim Kapital gilt dagegen das undifferenzierte Grundrecht auf freie Einreise.

Die Kosten der Rettungsaktion sollte sich die öffentliche Hand über Gewinn- und Vermögenssteuern sowie Mitbestimmungsrechte an den wichtigsten Banken zurückholen. Künftige Kapitalmarktöffensiven dürfen nicht mehr den Börsen und Kolossen gelten, sondern den lokalen, nichtgewinnorientierten Genossenschafts-, Volksbanken und Sparkassen. In Österreich sind 99,95% aller Unternehmen keine Aktiengesellschaften, sondern Mittel-, Klein- und Mikrounternehmen. Diese brauchen günstige Kredite, und die kommen weder von Investmentbanken noch durch die „Attraktivierung des Finanzstandortes“. Die Pensionen sollten von der Wertschöpfung dieser realen Wirtschaft abhängen, nicht von Aktienkursen und schon gar nicht von Futures auf Erdöl oder Nahrungsmittel.

Christian Felber ist freier Publizist und Attac-Mitbegründer. Zuletzt erschienen „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ (Deuticke).

Erschienen im „Kurier“, 11. Oktober 2008